

FreiBrief aus Berlin

12/2016



Sehr geehrte Damen und Herren,

mit dem Bundeshaushalt für das kommende Jahr gelingt es uns bereits zum dritten Mal in Folge, einen Haushalt ohne neue Schulden zu beschließen. Der Bund plant im kommenden Jahr erneut mit dem Geld der Bürgerinnen und Bürger auszukommen! Das Anwachsen des Schuldenbergs ist damit gestoppt, was in der Vergangenheit selbst in konjunkturell guten Zeiten nie gelungen ist. Besonders erfreulich ist, dass die Investitionen gegenüber 2016 um fast 4,6 Mrd. EUR auf nun 36,1 Mrd. EUR erhöht werden. Damit liegt die Investitionsquote bei 11 Prozent der Gesamtausgaben. Wir geben unter anderem mehr Geld für Bildung und Forschung, Infrastruktur, Sicherheit und den gesellschaftlichen Zusammenhalt aus.

Von Henry Ford stammt der Satz: „Zusammenkommen ist ein Beginn, Zusammenbleiben ist ein Fortschritt, Zusammenarbeiten führt zum Erfolg“. Auch wenn noch viele Herausforderungen auf uns warten, können wir dennoch mit Zuversicht in das neue Jahr gehen. In diesem Sinne freue ich mich auf das neue Jahr, die vielen persönlichen Begegnungen und auf einen spannenden Wahlkampf.

Ich wünsche Ihnen und Ihren Familien gesegnete Weihnachten und alles Gute, Gesundheit und Gottes Segen für das kommende Jahr.

Herzlichst

INHALT

<i>Bericht aus Berlin</i>	2
<i>Aktuelles aus dem Wahlkreis</i>	5
<i>Klausur der CDU Kreistagsfraktion: Antrag zur Digitalisierung in Schulen</i>	9

www.thorsten-frei.de



Bericht aus Berlin

Trump nüchtern im Hinblick auf die Auswirkungen auf Deutschland betrachten

Solange er noch nicht im Amt ist, ist es für mich noch zu früh, um ein abschließendes Urteil über den künftigen US-Präsidenten Donald Trump zu bilden. Dafür spricht einerseits, dass auch ein Donald Trump in einen politischen Apparat eingebunden ist und das mächtigste Amt der Welt keine Showbühne ist. Dass der Wahlkampf schnell passé war, zeigten die deutlich moderaten Töne in den ersten Tagen und Wochen nach der Wahl. Dennoch müssen einige erste Personalentscheidungen und die vielen widersprüchlichen Aussagen und Töne weiterhin mit Vorsicht beobachtet werden. Da Trump zumindest die kommenden zwei Jahre große Gestaltungsmöglichkeiten hat, weil beide Kammern des Parlaments in republikanischer Hand sind, müssen wir davon ausgehen, dass er einige seiner Ankündigungen tatsächlich in die Tat umsetzen wird. Ganz sicher ist wohl, dass er am ersten Tag als Präsident das transpazifische Freihandelsabkommen TPP einseitig zurücknehmen wird. Was uns mit unseren Handelsinteressen zumindest aufhorchen lassen muss und wahrscheinlich auch das Ende des transatlantischen Freihandelsabkommens TTIP bedeutet. Fraglich ist aber auch, wie sehr Trump und die Republikaner eine gemeinsame Linie finden. Für mich steht Donald Trump zunächst einmal vor der schwierigen Aufgabe, das gesplante Land zu einen. Ob ihm dies trotz erster zaghafter Versuche gelingen kann, da habe ich mit Blick auf viele seiner Argumente, Behauptungen und Versprechen ziemliche Zweifel. Deshalb müssen wir den Ausgang der Wahl ganz nüchtern im Hinblick auf die Auswirkungen auf unser Land betrachten.



Erfüllung des Nato-2-Prozent-Ziels ist eine Chance

Für uns unmittelbar gilt, dass Amerika unser wichtigster Partner ist und bleibt. Das transatlantische Bündnis bildet für beide Seiten in Zeiten von Globalisierung und zunehmender Polarisierung eine wichtige, gemeinsam getragene Wertebasis. Hier werden wir für gegenseitiges Vertrauen werben und ein weiterhin partnerschaftliches Engagement einfordern. Die beiden für uns wesentlichen Aspekte sind die angekündigte Rücknahme des Engagements innerhalb der NATO und der angekündigte Protektionismus. Es zeichnete sich bereits im Wahlkampf Trumps ab, dass Deutschland mehr Verantwortung für die Sicherheit in der Welt, insbesondere in der NATO übernehmen werden müsse. Es ist auch objektiv kaum zu vermitteln, warum Deutschland mit lediglich 1,2% das 2%-Ziel der NATO deutlich verfehlt, während die USA 3,6 % des BIP für militärische Vorsorge aufwenden. Da muss und wird es auch von deutscher Seite Bewegung geben. Schon in den letzten beiden Jahren wurde der Haushalt des Verteidigungsministeriums angehoben. Klar ist aber auch, dass der Sprung von derzeit 34 Mrd. EUR auf deutlich mehr als 60 Mrd. Euro nicht über Nacht vollzogen werden kann und dass wir unser außenpolitisches Engagement nicht primär militärisch definieren. Dennoch sehe ich bei der absehbar notwendigen Mittelerhöhung für unsere Verteidigungsausgaben neben einer Haushaltsbelastung vor allem eine Gestaltungschance für unsere Interessenwahrung in der Welt.

Gefahren durch möglichen Protektionismus

Wie bereits angesprochen, ist Trumps Ankündigung einer Abkehr des Freihandels zu mehr Protektionismus negativ zu bewerten. Das könnte das Geschäft vieler Mittelständler verschlechtern, was gerade für unsere exportorientierten Mittelständler eine große Gefahr sein könnte. Aber auch bei diesem Punkt gilt es abzuwarten. Die USA sind zwar das wichtigste Zielland für deutsche Exporte, aber in Summe sind das weniger als 10 % aller Ausfuhren. Darüber hinaus zeigen die ersten Reaktionen der Wirtschaft eine

deutliche Aufwertung des Dollars bzw. eine Abwertung des Euros. Im Umkehrschluss werden amerikanische Waren und Dienstleistungen insgesamt teurer, während unsere Produkte günstiger und wettbewerbsfähiger werden. Im Zweifel steigt dadurch die Nachfrage nach „Made in Germany“ andernorts auf der Welt. Zumindest bei den wirtschaftspolitischen Versprechungen hin zu 20 Millionen neuen Jobs und einem Wachstum von 4 bis 5 Prozent muss man zumindest unter den gegebenen Vorzeichen sehr skeptisch sein. Am meisten Sorge aber bereitet mir nach der US-Wahl das politische Klima in der gesamten westlichen Welt, das Fakten ignoriert und eine Absage an politische Regeln darstellt. Damit setzt sich ein Trend, auf den die Politik schnell überzeugende Antworten finden muss.

Region profitiert von abschließenden Beratungen des Haushaltsausschusses



In der Bereinigungssitzung des Haushaltsausschusses des Bundestages Anfang November wurden nicht zuletzt aufgrund der hervorragenden Konjunktur und der sehr guten Haushaltslage des Bundes noch einmal die politischen Schwerpunkte der Koalition mit zusätzlichen Geldern gestärkt. Allen voran steht der Bereich der Inneren Sicherheit. Der Haushalt 2017 wurde dafür noch einmal um zusätzlich eine Milliarde Euro aufgestockt. Er enthält für die Sicherheitsbehörden des Bundes nun insgesamt weitere 5.220 neue Stellen sowie 1,6 Milliarden Euro für mehr Ausstattung. Das BKA erhält zur Terrorismusabwehr nächstes Jahr 826 neue Stellen und 114 Millionen Euro für Ausrüstung. Die Bundespolizei erhält 1.970 neue Stellen und 312 Millionen Euro mehr für Sachmittel. Mit den

Aufstockungen von 2016 schaffen wir bis 2020 insgesamt 7.500 neue Stellen bei der Bundespolizei. Ebenso stärken wir die Cybersicherheit und die Nachrichtendienste. Von großer Bedeutung für unser Land, aber insbesondere für unsere mittelstandsgeprägte Region ist die unternehmensnahe Forschung. Umso erfreulicher ist, dass die CDU entgegen der Vorschläge von Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel einen ordentlichen Zuschlag in diesem Bereich durchsetzen konnte. Insgesamt werden dem forschenden Mittelstand im kommenden Jahr weitere 40 Mio. Euro zur Verfügung gestellt. Davon profitieren neben den Unternehmen vor allem die Hochschule Furtwangen und die Hahn-Schickard-Gesellschaft in Villingen-Schwenningen, die bei verschiedenen Forschungsk Kooperationen mit den hiesigen Unternehmen über die einschlägigen Programme gefördert werden. Aber auch der Bereich der Förderung unseres kulturellen Erbes kam nicht zu kurz. So erhielt die Sanierung des Deutenberg Gymnasiums in Schwenningen unter baudenkmaligen Gesichtspunkten eine Förderzusage über 400.000 EUR, die Sanierung der Orgel der katholischen Pfarrkirche St. Sebastian in Donaueschingen eine Mittelzusage über 60.000 EUR und das Fastnachtmuseum Narrenschopf aus Bad Dürkheim ist in das dreijährige Pilotprogramm „Museum 4.0“ als eines von bundesweit 5 Partnerprojekten eingebettet worden, für die über die Gesamtlaufzeit jeweils 3 Millionen Euro zur Verfügung gestellt werden

Eine halbe Milliarde für die Gäubahn

Unsere Region hatte im Bereich der Straßeninfrastruktur – man denke nur an den Lückenschluss B523 bei Villingen-Schwenningen oder die Ortsumfahrungen Randen und Zollhaus an der B27 – ganz ordentlich vom Regierungsentwurf des Bundesverkehrswegeplans profitiert. Dennoch war und blieb die relativ schlechte Bewertung der Gäubahn im Schienenteil des Bundesverkehrswegeplans ein Wehrmutstropfen für alle CDU-Bundestagsabgeordneten entlang der Strecke. Umso erfreulicher ist, dass sich all unsere Mühen und all unser gemeinsames Werben im Zuge des parlamentarischen Verfahrens ausgezahlt haben und die Gäubahn doch noch in

den vordringlichen Bedarf des Schienenausbau-gesetzes, das wir heute im Bundestag beschlos-sen haben, hochgestuft wurde. Für den Ausbau der Gäubahn zwischen Singen und Stuttgart wird der Bund 550 Millionen Euro im Bundes-verkehrswegeplan vorsehen. Die Gäubahn fährt damit „Erste Klasse“, eine höhere Einstufung gibt es nicht. Eine Beschleunigung der Verbindung soll einerseits durch den zweigleisigen Ausbau von Nadelöhren auf der Strecke erreicht werden. Zum anderen soll die Strecke modernisiert werden, um den Einsatz von Neigetechnikzügen zu ermöglichen. Nach einem Gutachten des baden-württembergischen Verkehrsministeriums kann die Fahrzeit zwischen Singen und Stuttgart so um knapp 20 Minuten verkürzt werden. Bei der Umsetzung sind nun auch Bahn und Land gefor-dert: Die Bahn ist für die Planung zuständig - und muss sie jetzt schnell vorantreiben. Zudem müssen zügig Neigetechnikzüge für die Gäubahn bestellt werden. Deshalb brauchen wir jetzt eine enge Partnerschaft von Bund, Land und Bahn mit einem gemeinsamen Ziel: Eine attraktivere Gäubahn durch schnellen Ausbau, moderne Züge und bessere Verbindungen!

Beteiligung der Bundeswehr am Kampf gegen den IS



Bei meiner Rede für die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag kurz vor der Verlängerung des Bundeswehrmandats bis Ende 2017 durch die Parlamentarier in namentlicher Abstimmung wies ich zu-

nächst auf die katastrophalen Zustände im Irak und in Syrien und insbesondere in Aleppo. Natürlich verschlimmert jeder weitere Tag des Konflikts sowie jede weitere Bombe das Leid der Zivilbevölkerung. Dennoch ist für mich die militärische Bekämpfung des IS eine Notwendigkeit für alle weiteren Stabilisierungsmöglichkeiten und für unsere humanitäre Hilfe. Deshalb sehe ich die Verpflichtung, dass sich auch Deutschland unverändert an der breiten Koalition von mehr als 60 Staaten beteiligt. Dabei zählt aber das Zusammenspiel der gesamten Palette der

verfügbaren Mittel durch die Bundesregierung, in dem militärische Fertigkeiten und Kapazitäten nur eine untergeordnete, wenn auch notwendige Rolle spielen. Der Schwerpunkt der deutschen Aktivitäten liegt ganz klar im Bereich ziviler und diplomatischer Mittel, weil auch wir sehen, dass der Nährboden des IS vor allem durch sozio-kulturelle und wirtschaftliche Defizite gespeist wird. Dieser zivile Schwerpunkt zeichnet sich vor allem durch die in den für die jeweiligen Aspekte bereitgestellten Mittel sehr deutlich ab. Das betrifft insbesondere aber unsere Anstrengungen, eine ausreichende Grundversorgung mit Wasser und Nahrungsmitteln, die Verfügbarkeit von Elektrizität, das sprichwörtliche Dach über dem Kopf, medizinische Versorgung im Bedarfsfall sowie eine geregelte Beschäftigung in Form von Schulunterricht für die Kinder und Arbeit für die Erwachsenen für die Millionen unschuldigen Zivilisten zu schultern. [Das vollständige Video der Rede finden Sie hier.](#)

Mit Bundesaußenminister Steinmeier in Vietnam



Auf Einladung von Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier nahm ich Ende Oktober als Vertreter der CDU/CSU-Bundestagsfraktion an einer Delegationsreise nach Vietnam teil. Für mich waren beim offiziellen Besuch des kommunistischen Landes drei Politikfelder wesentlich. Diese betrafen vorrangig die Sicherheitspolitik und die schwierige Menschenrechtslage. Daneben war die Reise nach Hanoi vor allem auch aus wirtschaftlicher Perspektive interessant. Das

Land verzeichnet seit zwei Jahrzehnten Wachstumsraten von etwa 8 Prozent. Die Industrieproduktion vor Ort wird mehr und mehr angekurbelt. Daraus ergibt sich meines Erachtens eine große Chance für die hiesigen Armaturen-, Maschinen- und Anlagenbauer, um in einem rasanten Wachstumsmarkt Fuß zu fassen und somit neue Absatzmöglichkeiten zu finden.

Mazedonien im Vorfeld der vorgezogenen Parlamentswahlen besucht



Am 11. Dezember finden in Mazedonien auf Druck der internationalen Gemeinschaft Neuwahlen statt, da sich das Land seit knapp zwei Jahren in einer innenpolitischen Krise befindet. Als Mitglied im Auswärtigen Ausschuss des Deutschen Bundestags machte ich mir im Vorfeld der Wahl unmittelbar vor Ort ein persönliches Bild der Lage und tauschte mich mit verschiedenen Vertretern aus Politik – bspw. den Premierminister, den Außenminister und Parteivorsitzende – und Zivilgesellschaft über die Bedeutung des Urnengangs aus. Natürlich wurde auch die Flüchtlingssituation auf der Balkanroute nicht ausgespart, die nach der Androhung Erdogans, die Grenzen zu öffnen, falls die EU die Beitrittsgespräche kippt, wieder an Bedeutung gewinnen könnte. Ein Besuch auf der mazedonischen Seite des Grenzübergangs Idomeni, im kleinen Städtchen Gevgelija, und Gespräche mit Kommunalpolitikern und Vertretern von in der Flüchtlingshilfe aktiven Nichtregierungsorganisationen verdeutlichten die gegenwärtige Situation und mögliche neue Herausforderungen sehr plastisch. Ein Höhepunkt der Reise mit Bezug

auf meinen Wahlkreis und die angrenzende Region war der Besuch des in Rietheim-Weilheim ansässigen Automobilzulieferers Marquardt, der im mazedonischen Veles ein eigenes Werk mit mehr als 300 Mitarbeitern betreibt und schon eine Aufstockung der Aktivitäten auf 500 Mitarbeiter plant.

Aktuelles aus dem Wahlkreis

Im Gespräch mit der CDU Hubertshofen



Der Vorsitzende des CDU Ortsverbandes Hubertshofen, Andreas Willmann, traf es bei seiner Begrüßung auf den Punkt: „Es geht uns nicht schlecht, aber die Grundstimmung in der Bevölkerung ist teilweise eine andere“. Unter anderem deshalb war es mir wichtig, vor Ort im Rahmen der Jahreshauptversammlung mit den Parteimitgliedern zu analysieren, reflektieren und diskutieren. Die Faktenlage scheint hervorragend: Wir haben beispielsweise mit 43,8 Mio. Menschen so viele Beschäftigte im Erwerbsleben wie nie zuvor bei gleichzeitigen Rekordsteuereinnahmen. Dennoch spüre ich eine latente Unzufriedenheit, wenn ich im Wahlkreis unterwegs bin. Dazu muss man im Übrigen nur die vergangenen Wahlen – beispielsweise die Präsidentschaftswahl in den USA oder das Brexit-Votum – in Relation dazu sehen. Der aktuell verabschiedete Bundeshaushalt für das kommende Jahr verdeutlicht aber, bei welchen Themen wir weiter unsere Schwerpunkte setzen. Dazu gehören Mehrausgaben in Bildung und Forschung, in Infrastrukturmaßnahmen, in äußere und innere Sicherheit sowie in den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Besonders wichtig ist mir jedoch die Digitalisierung als Anschlussvoraussetzung für den ländlichen Raum, bei dem der Bund jährlich 2,7 Mrd. Euro ausgeben wird. Wir schaffen neue Zukunftsperspektiven, die es vor Ort zu nutzen gilt. Mit Blick auf die Zukunft der Rente, brauchen

wir Augenmaß und Verlässlichkeit, müssen das Renteneintrittsalter flexibler gestalten und gleichzeitig Anreize schaffen und außerdem freiwillig länger zu arbeiten. Erste Schritte sind mit der Flexi-Rente, bereits auf den Weg gebracht worden.

Schwarzwald-Baar- Chorverband tagt in Unterbaldingen



Anlässlich des 110-jährigen Bestehens des gastgebenden Gesangsvereins Unterbaldingen 1906 e. V. richtete der Schwarzwald-Baar Chorverband seine 129. Jahreshauptversammlung in der Ostbaar-Halle des Bad Dürrheimer Ortsteils aus. In meinem Grußwort an die Delegierten der 46 Mitgliedschorvereine betonte ich die große kultur- und gesellschaftspolitische Aufgabe der bundesweit rund 21.000 Chöre mit über 1,4 Millionen singenden und fördernden Mitgliedern, die sich ehrenamtlich engagieren und in allen Schichten unserer Gesellschaft Interesse an aktiver Musikausübung wecken. Durch nachhaltige Chorarbeit und die Förderung bildungsbenachteiligter Kinder im Rahmen der zahlreichen Chorprojekte steigert der Schwarzwald-Baar Chorverbandes neben der sinnvollen Gestaltung der Freizeit schließlich auch Konzentrationsfähigkeit und Gedächtnisleistung.

Jahreshauptversammlungen in Schönwald und Furtwangen



Auf den Jahreshauptversammlungen des CDU-Ortverbandes Schönwald und des CDU-Stadtverbandes Furtwangen betonte ich einmal mehr

die große Bedeutung der Politik vor Ort. In Schönwald benannte ich die vielen Herausforderungen der Bundespolitik im vergangenen Jahr und erläuterte den anwesenden Mitgliedern die aktuellen Gesetzesvorhaben in der Bundespolitik. Es ist klar, dass sich die guten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in Bund, Ländern und bei den Kommunen unmittelbar in wichtigen Weichenstellungen für die Zukunft in den Bereichen Digitalisierung, Bildung, Pflege sowie Gesundheit und in der Infrastruktur niedergeschlagen haben. Jüngstes Beispiel ist sicherlich die Priorisierung des Gäubahnausbaus im Bundestag, was eine halbe Milliarde Euro in die Region bringt. Darüber hinaus thematisierte ich meine detaillierten Einschätzungen zu den politischen Entwicklungen im Nahen Osten, der zunehmenden Terrorgefahr in Deutschland und den zahlreich darauf als Antwort beschlossenen innenpolitischen Maßnahmen, zu möglichen Auswirkungen der US-amerikanischen Präsidentschaftswahl auf die hiesige Wirtschaft und die Gefahr eines zunehmenden Populismus mit Blick auf die in weniger als einem Jahr bevorstehende Bundestagswahl. In Bezug auf Furtwangen als Standort einer hervorragenden Hochschule freut mich besonders die im Rahmen der Bereinigungssitzung des Haushaltes gestärkte Förderung der wissenschaftlichen Exzellenzcluster im ländlichen Raum.

Neue Jugendgemeinderäte in St. Georgen gewählt



Zum dritten Mal hatten die Jugendlichen und jungen Erwachsenen in St. Georgen und den zugehörigen Ortsteilen die Möglichkeit, aus 21 Bewerbern für die kommenden zwei Jahre ihre 15 Vertreter in den Jugendgemeinderat der Stadt zu wählen. Bei der Verkündung des Wahlergebnisses im Rathaus stellte ich in Anwesenheit von Bürgermeister Michael Rieger klar, dass es eines der wichtigsten Privilegien unserer Demokratie

ist, dass sich die Menschen über die Kommunalpolitik aktiv an der Gestaltung ihrer eigenen Lebensbedingungen vor Ort beteiligen können. Der neu gewählte Jugendgemeinderat leistet einen wichtigen Beitrag dafür, dass St. Georgen weiter so lebens- und liebenswert bleibt und stärkt dabei sowohl die eigene Persönlichkeit, als auch die soziale Kompetenz der 16 Mitglieder. Als kleinen Ansporn lud ich alle Kandidaten und die Vertreter der Stadt im kommenden Jahr erneut nach Berlin ein. Gemeinsam werden wir die richtigen politischen Weichenstellungen für die Zukunft St. Georgens und der gesamten Region stellen.

Verbandsversammlung der Kreisfeuerwehr - Verantwortung übernehmen als ehrenamtlicher Dienst am Menschen



In der mit über 300 Vertretern der 20 Stadt- und Gemeindefeuerwehren mit ihren insgesamt 79 Abteilungen vollbesetzten Blumberger Stadthalle dankte ich im Rahmen der Versammlung der Kreisfeuerwehren im Schwarzwald-Baar-Kreis den Feuerwehrkameraden für ihren ehrenamtlichen Dienst am Nächsten und ihre Einsatzbereitschaft rund um die Uhr. Wir müssen alles dafür tun, diesen bürgerschaftlichen Dienst an den Menschen nicht nur attraktiv für zukünftige Generationen zu gestalten, sondern die Einsatzkräfte bestmöglich abzusichern. Die Entscheidungsträger in Bund, Land und den Kommunen müssen mit Blick auf die zunehmenden Herausforderungen bei der Bewältigung der teils komplexen Einsätze und der damit zunehmenden Spezialisierung der einsatztaktischen Fähigkeiten in den Bereichen der Aus- und Fortbildung sowie der technischen Ausstattung bestmögliche Rahmenbedingungen schaffen. Das ist die logische Konsequenz auf die sicherheitspoli-

tischen Entwicklungen mit zunehmender Terrorgefahr und der Häufung schwerer Naturkatastrophen. Deshalb erinnerte ich an die notwendigen Anpassungen des Versicherungsschutzes seitens des Landesinnenministeriums nach den großen Schadenslagen im Frühsommer mit dem tragischen Tod eines Feuerwehrmannes und sagte den Feuerwehrkameraden meine uneingeschränkte Unterstützung zu.

Landwirtschaft steht weiter vor großen Herausforderungen



Auf der Ortsvereinsvorsitzendentagung des BLHV-Kreisverbands Donaueschingen in Bräunlingen machte ich auf die immense Bedeutung der von den Landwirten geleisteten Pflege der Kulturlandschaft, dem Natur- und Umweltschutz und dem Beitrag zum Erhalt der touristischen Reize der Region aufmerksam und erläuterte den anwesenden Landwirten die aktuellen bundespolitischen Weichenstellungen bei den sie betreffenden Themen Milchmarkt, Preisverfall bei bestimmten Erzeugnissen, der Novellierung des Bundeswaldgesetzes und bei der Digitalisierung in Land- und Forstwirtschaft. Da in Baden-Württemberg die Zahl der Milchhöfe in den Jahren 1995 bis 2015 um 60% zurückgegangen ist und angesichts des hohen Preisdrucks durch internationale Konkurrenz und den stetig steigenden Anforderungen in der Produktion, erachte ich die Entscheidung der Bundesregierung von Anfang November zu einem Hilfspaket in Höhe von 600 Millionen €, das mit Bürgschaften, Steuerentlastungen und der Erhöhung des Zuschusses zur landwirtschaftlichen Unfallversicherung auf dann 178 Millionen € einhergeht, als absolut richtig und notwendig.

Bezirkstreffen der LandFrauen in Bräunlingen



Beim Bezirkstreffen der LandFrauen in der Stadthalle Bräunlingen trafen sich knapp 300 engagierte Frauen aller Altersgruppen, um sich über die aktuellen Aktivitäten im Bezirk Donaueschingen mit seinen 39 Ortsvereinen auszutauschen. Der Einladung bin ich sehr gerne gefolgt, denn die Arbeit der Frauen in unserer ländlich strukturierten Region ist ein wichtiger Bestandteil der Gesellschaft und deshalb unverzichtbar. Die LandFrauen sind der größte staatlich anerkannte Weiterbildungsträger, sie unterstützen die Frauen mit ihren Angeboten bei der beruflichen und persönlichen Weiterentwicklung und gestalten damit das Dorf als Lebensraum mit einer lebendigen Gemeinschaft.

Erfolgreiche Arbeit von Bürgern für Bürger - Bürgerstiftung Donaueschingen feiert Jubiläum



Im Rahmen der Festveranstaltung zum 10-jährigen Bestehen der Bürgerstiftung Donaueschingen im Foyer der Donauhallen blickte ich in Anwesenheit von Professor Erwin Teufel, Ministerpräsident a.D. und Festredner des Abends, auf die Entwicklung einer Idee ehrenamtlicher Arbeit zum Wohle der Bürger Donaueschingens zurück, die mir damals wie heute persönlich sehr am Herzen liegt. Die Gründung einer eigenständig wirkenden, von der Stadt Donaueschingen unabhängigen Stiftung war 2006 das besondere

i-Tüpfelchen, um die Projekte und Initiativen der Vielzahl ehrenamtlich engagierter Bürger zu unterstützen und wertzuschätzen. Mein Dank galt den Verantwortlichen als Leistungsträger der Gesellschaft für ihr segensreiches Wirken in den vergangenen zehn Jahren. Als Bürger Donaueschingens bin ich stolz, mit der Bürgerstiftung eine erfolgreiche, nachhaltig wirkende und kontinuierlich wachsende Instanz unmittelbar wirksamen bürgerschaftlichen Engagements begleiten zu dürfen.

Holiday Inn am Klinikum - Hotelprojekt mit Signalwirkung für Villingen-Schwenningen



Mit 136 Doppelzimmern und einer Investitionssumme von 33 Millionen Euro entsteht im Zentralsbereich der Stadt Villingen-Schwenningen in unmittelbarer Nähe zum Zentralklinikum mit dem Holiday Inn das größte Hotel der Doppelstadt. Im Rahmen des feierlichen Richtfestes betonte ich die Bedeutung eines solchen Hotelprojektes für die Stadt Villingen-Schwenningen und die Region und dankte sowohl dem Bauträger Rebholz Immobilien aus Bad Dürkheim wie auch den Investoren für Ihre Weitsicht und ihren Mut, in ein Flaggschiff der Hotellerie vor Ort zu investieren. Klar ist, dass das Hotel setzt Maßstäbe. Es wird die Region im Tourismusbereich, aber auch die Rahmenbedingungen der Stadt als Wirtschaftsstandort stärken. Sowohl Geschäftskunden, Konferenz- und Tagungsgäste, als auch Familien und Freizeitreisende dürfen sich hier in Villingen-Schwenningen auf ein gutes Preis-Leistungsverhältnis, Qualität und Freundlichkeit im Service freuen.

Austausch mit der Forstbetriebsgemeinschaft Gutach: Änderung des Bundeswaldgesetzes im öffentlichen Interesse



Die anstehende Ressortabstimmung des Referentenentwurfs zur Änderung des Bundeswaldgesetzes war Thema eines Gesprächs mit Vertretern der Forstbetriebsgemeinschaft Gutach und Bürgermeister Eckert im Gutacher Feuerwehrhaus. Dabei betonte ich die große Bedeutung der kleinen und mittelgroßen Privatwaldflächen für den Tourismus und die Lebensqualität vor Ort. Ganz im Sinne der Waldbesitzer und der Beschäftigten der öffentlichen Forstverwaltung in Baden-Württemberg konnte ich aus erster Hand mitteilen, dass der Referentenentwurf unmittelbar vor dem Beschluss durch das Bundeskabinett steht. Durch die Änderung des Bundeswaldgesetzes wird der Holzverkauf enger definiert werden, als ihn das Bundeskartellamt derzeit auslegt. Dabei soll insbesondere die vorgelagerte Tätigkeit des Holzauszeichnens als waldbauliche und nicht vermarktungsnahe Tätigkeit betrachtet werden. Das Bundeskartellamt rechnet bereits das Markieren der Bäume dem Holzverkauf zu, weil dadurch nach seiner Auslegung die Angebotsmenge gesteuert würde und der Preis beeinflusst werden könnte. Mit dieser bevorstehenden Entscheidung sind alle Probleme der Rundholzvermarktung auf einen Schlag gelöst. Auch weil die Entscheidung rückwirkend gelten wird.

Klausur der CDU Kreistagsfraktion: Antrag zur Digitalisierung in Schulen

Im November hat sich die CDU-Fraktion zur Haushaltsklausur in Schönwald getroffen. Neben dem Haushalt 2017 standen auch turnusgemäß Wahlen des Fraktionsvorstandes auf der Tagesordnung. Die Kreisumlage bleibt stabil auf dem Niveau 2016. Darüber hinaus werden wir einen Antrag zur Digitalisierung der Schulen im Kreistag stellen. Die notwendigen Entwicklungen im Landkreis zum Thema Digitalisierung bzw. Industrie 4.0 sind vielfältig und existentiell für den Gewerbestandort Schwarzwald-Baar-Kreis. Dazu gehört auch die Ausbildung und wiederum die Schulbildung als Vorstufe.



Persönlich freue ich mich über die Wiederwahl zum Vorsitzenden der Fraktion und möchte mich ganz herzlich bei den Kolleginnen und Kollegen für das Vertrauen bedanken.



Thorsten Frei MdB

Abgeordneter des Wahlkreises Schwarzwald-Baar und Oberes Kinzigtal

Bundestagsbüro

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: (030) 227 73 972
Fax: (030) 227 76 972

Wahlkreisbüro

Justinus-Kerner-Str. 5
78048 Villingen-Schwenningen
Tel.: (07721) 99 535 44
Fax: (07721) 99 535 45

E-Mail: thorsten.frei@bundestag.de
Internet: www.thorsten-frei.de
facebook: www.facebook.de/ThorstenFreiCDU